

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Er erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1,80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 gesp. Kleinzeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 10 R.-Pfg., Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedrich Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Eindrungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferer, hat der Beziger keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher angegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Angleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 97

Sonntag, den 26. April 1931

53. Jahrgang.

## Ein agrarpolitisches Programm des Reichsfinanzlers.

Amthlicher Teil.

Als Sachverständiger für alle in das Bauwesen einschlagenden Angelegenheiten und für Feststellung von Grundstückswerten zum Zwecke mündelmäßiger Beleihungen ist außer dem bereits in Pflicht stehenden Baumeister Alfred Ritter hier der Baumeister Richard Schardt sen. hier verpflichtet worden.

Amtsgericht Waldenburg, den 24. April 1931.

### Bekanntmachung.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Körperschaftsteuergesetz vom 8. Mai 1926 (Reichsministerialblatt Seite 361) wird folgendes bekannt gemacht:

1. Die steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen haben dem zuständigen Finanzamte jeweils folgende Vorgänge anzuzeigen:

1. ihre Gründung sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben (z. B. Errichtung einer inländischen Betriebsstätte, Bestellung eines ständigen Vertreters im Inlande);
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Übergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft;
3. die Verlegung des Sitzes oder des Ortes der Leitung in das Inland;
4. die Verlegung des Sitzes, des Ortes der Leitung oder einer inländischen Betriebsstätte in das Ausland, den Verkauf oder die Aufhebung einer inländischen Betriebsstätte und die Abberufung eines ständigen Vertreters im Falle der beschränkten Steuerpflicht nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes;
5. die Beschlussfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen;
6. die Beendigung der Vermögensauseinandersetzung (Liquidation) und die Löschung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

2.) Ferner haben dem zuständigen Finanzamte anzuzeigen:  
a) Versorgungsbetriebe im Sinne des § 7 des Gesetzes die Aufnahme von Geschäften, die nicht der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas oder Elektrizität oder dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetriebe dienen;  
b) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die einem Revisionsverband angeschlossen sind, die Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebs über den Kreis der Mitglieder hinaus.

3.) Die in Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 5, 6 und in Abs. 2 bezeichneten Vorgänge sind spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach ihrem Eintritt, die in Abs. 1 Nr. 4 bezeichneten Maßnahmen sind spätestens 14 Tage vor dem Zeitpunkt ihrer beabsichtigten Vornahme anzuzeigen.

Finanzamt Glauchau, am 25. April 1931.

Die deutschen Arbeitgeberverbände beschäftigten sich mit den Vorschlägen des Brauns-Ausschusses und kamen zu dem Schlusse, daß keine Vorschläge für die Arbeitgeber nicht tragbar seien.

Die Errichtung des Reichsehrenmals bei Verla ist nach Mitteilung des Reichsinnenministers gesichert. In Preußen gab es Ende März 708,000 Wohlfahrts-erwerbstätige.

Auf Einladung hielt Ministerialdirektor Dr. Brecht in der Pariser Universität einen Vortrag über die Reichsreform und das Verhältnis der Länder zum Reich.

In Toulouse wurde der ehemalige Ministerpräsident Lardien von den Sozialisten ausgepfiffen.

In Italien gingen schwere Unwetter nieder.

In Spanien finden im Juni die Wahlen für die Cortes statt.

In Portugal verschärft sich die Lage.

Der König von England empfing im Schloß Windsor den König von Spanien.

In Moskau fand Mitte April eine Tagung des Plenums des Volkswirtschaftlichen Komitees der Komintern statt.

Waldenburg, 25. April 1931.

Mit Recht wird die fristgerechte Verabschiedung des Reichshaushaltsplans von der Öffentlichkeit als ein frauenverwendendes Aktivum der Reichsregierung gewertet, zumal es 1929/30 trotz der damals noch wesentlich unüftigeren wirtschaftlichen und fiskalischen Verhältnisse er-

durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juni 1930 gelang, den vorjährigen Haushalt des Reichs in ein — allerdings nur vorübergehendes — Gleichgewicht zu bringen. Man darf sich jedoch keiner Täuschung darüber hingeben, daß auch im neuen Reichshaushalt der Forderung der Wirtschaft, endlich durch eine Verminderung der Gesamtsteuerlast die Preisentlastung der Privatwirtschaft zu verbreitern zu vertiefen und überhaupt erst wirtschaftlich tragbar zu machen, in keiner Weise entsprochen worden ist. Einsparungen sind im Reichshaushalt ebenso wie in den Länderhaushalten nur insoweit vorgenommen worden, als es der außerordentliche Rückgang der Steuereinnahmen erforderlich machte. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, darüber hinaus echte Ersparnisse im Betrage von 300 Millionen Mark durchzuführen, fand keine parlamentarische Mehrheit. Es kam lediglich ein Kompromiß zustande, wonach die Regierung ermächtigt wird, sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag im Laufe des Etatsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen ergeben, Einsparungen auf der Ausgabe- oder Einnahmenseite vorzunehmen, soweit die Ausgaben nicht gesetzlich oder vertraglich gebunden sind.

Da derartige Bindungen fast immer vorliegen, ist diese Ermächtigung, die den noch immer fehlenden ersten Sparwillen der politischen Parteien deutlich beweist, verhältnismäßig wertlos, zumal sie nur dem Kabinett Brüning ausgestellt ist, so daß die Verpflichtung, Mindereinnahmen durch Minderausgaben auszugleichen, in dem Augenblick entfällt, in dem aus irgendwelchen Gründen ein Wechsel des Gesamtkabinetts oder auch nur in der Kabinettsleitung eintritt. Sicher wäre es praktischer gewesen, der Regierung statt einer Sparermächtigung einen Sparauftrag zu erteilen. Wenn die Regierung es als einen besonderen Erfolg bucht, daß sie sich gegen neue Steuererhöhungen wendet, so wird die Öffentlichkeit das mit Recht als allzu anspruchslos bezeichnen, denn über eine derartige Selbstverständlichkeit hinaus verlangt man allgemein mit immer größerem Nachdruck, daß endlich ein Abbau der gesamten steuerlichen Belastung durch radikale Einsparungen herbeigeführt wird. Möglichen hierzu sind auch heute noch trotz der immer wiederkehrenden Behauptung, daß die öffentlichen Etats bereits „ausgepreßte Notetats“ seien, vorhanden. Die seit dem Frühjahr 1929 erst langsam, später dann stärker erfolgte Preisentlastung, die sich u. a. in einem Rückgang des Lebenshaltungsindezes um 11,3 Prozent, des Großhandelsinbezes um 18,3 Prozent und des Bauinbezes um 13,6 Prozent ausdrückt, hat weder bei den sachlichen noch bei den persönlichen Ausgaben der öffentlichen Hand in entsprechend niedrigeren Etatsansätzen bisher auch nur annähernd Berücksichtigung gefunden.

Welche außerordentlichen Ersparnismöglichkeiten sich allein durch eine Rückstufung der Gemeindebeamten auf das Besoldungsniveau der entsprechenden Reichs- und Staatsbeamten ergeben, erhellt aus der dem Magistrat der Stadt Berlin vor kurzem vom zuständigen Oberpräsidenten erteilten Weisung, monatlich allein auf diese Weise 2 Millionen Mark einzusparen. Der Widerstand aller politischen Parteien gegen diese Anordnung des Oberpräsidenten zeigt aber gleichzeitig, daß auf dem Wege ordentlicher Gesetzgebung diese Ersparnisse nicht gesichert werden können. Der im Herbst vorigen Jahres von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzentwurf, die Rückstufung der Gemeindebeamten betreffend, mußte wegen seiner parlamentarischen Ausichtslosigkeit zurückgezogen werden. Es wäre zu wünschen, daß Dr. Stegerwald, der sich immer als Gegner der im Jahre 1927 erfolgten Erhöhung der Beamtengehälter bekannt hat, und der schon vor Jahr und Tag echte Milliardenersparnisse im Reichshaushalt als notwendig bezeichnete, stärker als bisher seinen Einfluß auf eine erneute Überprüfung der öffentlichen Personaluntkosten zur Geltung bringt; denn eine Angleichung der Personalausgaben ganz bestimmter Gruppen, zu denen in erster Linie auch die öffentliche Hand zu rechnen ist, an die wesentlich niedrigeren Verdienste der mit dem Weltmarkt in Wettbewerb stehenden Gruppen liegt durchaus im Sinne der von ihm vor einiger Zeit entwickelten und als notwendig bezeichneten Umgestaltung der deutschen Lohngeographie.

Erfreulicherweise beginnt die Erkenntnis, daß endlich auch die öffentliche Hand mit ihren Steuern und Lasten herantreten muß, sich mehr und mehr in gewerkschaftlichen Kreisen Bahn zu brechen, wie einige sehr beachtenswerte Artikel im „Deutschen Metallarbeiter“, dem Organ der Christlichen Gewerkschaften, beweisen. Unternehmer und Ar-

beiter sollten aufhören, sich gegenseitig in fruchtlosen Kämpfen zu schwächen, und lieber Front gegen den beide gleichmäßig drückenden Fiskalismus nehmen.

### Kanzlerbesprechungen.

Dingeldey, Westarp und Schiele bei Brüning.

Berlin, 25. April.

Die Kabinettsberatungen, die sich am Donnerstag vor allen Dingen um Finanzfragen und um das Arbeitslosenproblem drehten, werden am Sonnabend fortgesetzt werden. In dieser Sitzung dürfte die allgemeine Aussprache sich mit den Fragen der Ernährungswirtschaft, der Lohnpolitik und der Preispolitik befassen. Die zuständigen Kabinettsmitglieder werden hierüber eingehend berichten.

Am Freitagnachmittag fanden persönliche Aussprachen des Reichsfinanzlers mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dingeldey, und dem Grafen Westarp statt. Außerdem empfing Dr. Brüning den Reichsernährungsminister Dr. Schiele zu einer bereits für Donnerstag arbeitsamten Besprechung, in der über Zoll- und allgemeine Landwirtschaftsfragen eingehend, aber noch nicht abschließend verhandelt wurde.

### Am Schielers Programm

Berlin, 25. April.

Reichsfinanzler Dr. Brüning empfing Freitagnachmittag den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, zu einer eingehenden Aussprache über sein gesamtes agrarpolitisches Programm. Die Fragen waren bereits im Rahmen der Gesamterörterung des Arbeitsprogramms der Reichsregierung in großen Umrissen besprochen worden und werden am heutigen Sonnabend im Kabinett im einzelnen zur Beratung kommen.

### Der umstrittene Butterzoll

Die Besprechung steht naturgemäß in engem Zusammenhang mit der Lohnpolitik und der Industrieausfuhr. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß die Wünsche des Reichsernährungsministers im Kabinett gewissen Widerstand begegnen. Wenn aber ein Berliner Abendblatt bereits eine neue Schielekrise an die Wand malt, erinnert man in politischen Kreisen daran, daß solche Meinungen bereits häufiger durch die Presse gegangen sind, ohne daß sie sich jemals bestätigt haben.

Zu dem Programm des Reichsernährungsministers führen wir folgendes:

Die beiden wesentlichsten Punkte sind die Erhöhung des Fleisch- und vor allem des Butterzolls. Von der ersten Maßnahme verspricht man sich auch in Kreisen des Reichsernährungsministeriums keine außergewöhnliche Veränderung der Preislage auf dem Schweinemarkt, aber doch eine gewisse und in den Grenzgebieten auch sicher fühlbare Entlastung. Dasselbe gilt für die hiermit in Zusammenhang stehende Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz.

Im Brennpunkt der Zolldebatte steht der Butterzoll, dessen Erhöhung in agrarischen Kreisen als unter allen Umständen erforderlich bezeichnet wird, weil die Butter- und Milchproduktion jetzt besonderen Schutz erfordert. Der Berliner Großhandelspreis für Butter, der für den größten Teil des Reiches maßgebend ist, steht mit 125 RM ungefähr auf der Vorkriegeshöhe, während er im Durchschnitt des Jahres 1929 172 RM betrug. Die Bedeutung des Butterpreises für die bäuerliche Wirtschaft geht schon daraus hervor, daß selbst in der Provinz Brandenburg die Einnahmen aus Milch- und Butter etwa fünfzig Prozent, in Oldenburg, Schleswig-Holstein, dem Allgäu und anderen Gebieten sogar 70 bis 75 Prozent der gesamten Betriebseinnahmen ausmachen. Aus saisonmäßigen Gründen ergibt sich nun die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Abgleitens des Butterpreises. Der Reichsernährungsminister verlangt deshalb eine Heraussetzung des Butterzolls von 50 auf 100 RM pro Doppelzentner. Das würde unter den bisherigen Saisonverhältnissen schätzungsweise eine Erhöhung des Butterpreises auf 150 RM bedeuten.

Auch in Kreisen des Reichsernährungsministeriums verheißt man sich nicht, daß eine Erhöhung des Butterzollens gewisse handelspolitische Schwierigkeiten ergeben würde, weil in erster Linie für Finnland ein Kontingent von 5000 Tonnen zum Zoll von 50 RM gesichert bleiben würde und Dänemark und Holland, bis zu einem gewis-



# 108. Bezirkstag in Glauchau.

Der Sonderhaushaltplan abgelehnt, der Haushaltplan bedingungsweise angenommen. — Eine Eingabe der Erwerbslosen auf Erhöhung der Richtsätze.

Wohl noch zu keinem Bezirkstag in Glauchau waren so viel Zuhörer erschienen wie bei dem letzten, der am Freitag „Glauchauer Hof“ stattfand. Es war dabei deutlich zu sehen, daß es sich bei den Zuhörern zum größten Teil um eine von den Kommunisten vorbereitete Maßnahme andele, um den Bezirkstag bei der Abstimmung über die Erhöhung der Richtsätze für die Erwerbslosen unter Druck zu setzen, es war aber auch aus den Zwischenrufen verschiedener Zuhörer und ihrer Haltung im großen und ganzen zu erkennen, daß sie sich nicht im geringsten darüber klar waren, wie sich die Erhöhung der Richtsätze für die Erwerbslosen auf die allgemeine Finanzlage des Bezirksverbandes, der so schon nicht weiß, woher er die Gelder nehmen soll, auswirken würde. So unverständlich den Kommunisten die Haltung der Bürgerlichen in dieser Frage scheinen mochte, sie muß im Interesse des Gesamtelats gesehen werden, bei dessen Abschluß nicht bis ins Uferlose wirtschaften kann, um die Arbeitslosigkeit des Bezirksverbandes auch nur zu erhalten.

Der Haushaltplan für 1931 schließt nach Kürzung des Bebauungswandes um weitere 50.000 RM mit einem Fehlbetrag von 530.000 RM ab. Dazu kommt ein ungedeckter Fehlbetrag des abgelaufenen Jahres mit vorläufig 412.000 RM nebst den im Sonderhaushaltplan für Wohlfahrts-erwerbslose und Krisenunterstützungsempfänger zu erwartenden Ausgaben von mindestens 870.000 RM. Wesentlich in diesem Zusammenhang waren die Ausführungen des Amtshauptmanns Freiherrn von Weld, der betonte, daß der Bezirksverband nicht in der Lage ist und sich auch nicht für verpflichtet hält, diese ungeheuren, durch die Arbeitslosigkeit verursachten Lasten zu übernehmen. Die bürgerliche Seite und mit die Mehrheit des Bezirkstages lehnte die Genehmigung des Sonderhaushalts glattweg ab und erklärte sich mit der Genehmigung des Haushalts nur bedingungsweise einverstanden.

Der Vorsitzende, Kammerrat Wille-Waldenburg, eröffnet den Bezirkstag mit begrüßenden Worten an die Mitglieder, besonders aber an den zum ersten Mal den Verhandlungen anwesenden neuen Kreishauptmann Dr. Grille. Kreishauptmann Dr. Grille erwidert dem Vorsitzenden mit Worten des Dankes. Noch vor 18 Jahren habe er hier in Glauchau als Bezirksassessor bei der Amtshauptmannschaft gesessen, damals rauchten noch überall die Schornsteine und legten Zeugnis ab von der erwerbstätigen Beschäftigung der Bevölkerung. Heute müsse man jedoch die Feststellung machen, daß viele Firmen Opfer der Wirtschaftskrise geworden seien. Er gebe dem Bezirkstag die Versicherung, daß er für jegliche billige Verständnisse zeigen werde. So schwer die wirtschaftliche Lage augenblicklich sei, es seien bestimmte Anzeichen vorhanden, daß der Tiefstand der Arbeitslosigkeit bereits überritten sei. Er hoffe, daß die Beratungen des Bezirkstages in Erfolg begleitet seien. Kammerrat Wille dankt dann im Namen des Bezirkstages Regierungsrat Dr. Richter, in das Innenministerium berufen worden ist und ganz besonders tatkräftig für den Bezirk gewirkt hat, und begrüßt seinen Nachfolger Regierungsrat Dr. Glaser.

Reg.-Rat Glaser macht dann Mitteilung von der Genehmigung erteilung des Ministeriums des Innern gemäß 144 der Gem.-O. zu der Bezirksgrenzenveränderung der Flurstücksumtausch zwischen der Stadt Meerane und der Gemeinde Seifersitz zur Straßenerweiterung und von dem Sachstande betr. Eingemeindung von Gögenthal nach Meerane.

Reg.-Rat Dr. Haupt gibt Auskunft über die Verteilung der Darlehen aus dem staatl. Wohnungsbaufonds auf die Gemeinden des Bezirks. In diesem Zusammenhang zeigen sich insbesondere die Vertreter der Gemeinden im Aufbegrund über eine ungerechte Verteilung der Mittel und geben die Anregung, daß doch auch mit dem sog. Überbrückungskredit den Gemeinden geholfen werde. Reg.-Rat Dr. Haupt erklärt dazu, die Verteilung der Mittel sei nach den Richtlinien erfolgt, die vom Arbeits- und Wohlstandsministerium herausgegeben worden sind. Bezirksaus- und Bezirksverband hätten sich bei der Verteilung die größte Mühe gegeben. Im übrigen stehe der Überbrückungskredit auch nicht unbefristet zur Verfügung. Ueberhaupt müsse man damit rechnen, daß von Seiten des Staates mit dem Zuschußverfahren bald ein Ende gemacht werde. Von kommunistischer Seite wird betont, die Gelder aus der Mittelsteuer müßten restlos dem Wohnungsbau zugeführt werden. Abg. Bürgermeister Schüller-Hohndorf (bürgerl.) weist darauf hin, daß man auf privater Seite garnicht daran denken könne, zu bauen, wenn nicht die Zinsen für Wohnungsbau erhebliche gesenkt würden. Verschiedentlich wird betont, daß auch die Verteilung der Mietzinssteuermittel unverständlich sei. (Beispiel Bez. Delsnig erhielt 1250 RM. pro fehlende Wohnung, Bezirk Glauchau 750 RM. pro fehlende Wohnung.)

Ein Nachtrag zur Geschäftsordnung des Bezirkstages wird mit der Stimmenmehrheit der Bürgerlichen angenommen, ebenso der Entwurf einer Satzung über die Erhebung der Bürgersteuer in den selbständigen Gutsbezirken ab 1. 4. 31. Eine kurze Aussprache entzündet sich über die Gesuche der Unterhaltungs-Vereinigung für den Lungwizbach um Gewährung einer Beihilfe von je 1250 RM. auf 5 Jahre, ferner um Uebernahme der Bürgerschaft für ein Darlehen aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge in Höhe von 55.000 RM für die Verlegung des Lungwizbaches in Flur St. Egidien und Niederlungwiz. Das Finanzministerium hatte eine Staatsbeihilfe für die Verlegungsarbeiten in Aussicht gestellt, hat aber die Genehmigung in den letzten Tagen wieder zurückgezogen. Demnach würde in diesem Jahr das Projekt schwer durchführbar sein. Da durch diese neuerliche Entscheidung der Regierung verschiedene Mitglieder des Bezirkstages überhaupt an die Durchführbarkeit des Projekts zweifeln, setzen sich der Vorsitzende des Bezirkstages und der Vorsitzende der Unterhaltungs-Vereinigung, Bürgermeister Riedel-Oberlungwiz (bürgerl.) insbesondere für die Bewilligung der Mittel ein.

In der Aussprache begrüßt man die Vorlage im Interesse der Arbeitsbeschaffung, aber unter dem Vorbehalt, daß der Staat keine Beihilfe nicht endgültig zurückziehe. Außerdem möchte das Arbeitsfeld nicht nur den Erwerbslosen in den nächstliegenden Orten, sondern denen aller Bezirksgemeinden zugänglich gemacht werden. Die Vorlage wurde darauf angenommen.

Die Jahresrechnung des Bezirkskrankenheuses für das Jahr 1929 wird richtig gesprochen, bezgl. der Jahresrechnung für 1929 wird kein Beschluß gefaßt. Die Rechnung soll noch sachlich vom Finanzausschuß geprüft werden.

Nach Genehmigung der Haushaltspläne für die Bezirksanstalt, das Bezirksgeneesungshaus und das Bezirkskrankenhaus, von denen die beiden ersten in Einnahme und Ausgabe sich decken, tritt der Bezirkstag in die Beratung des eigentlichen Haushaltsplans und des Sonderhaushaltsplans ein.

Amtshauptmann Freiherr von Weld macht dazu nähere Erläuterungen und erklärt u. a.: Wir haben uns Mühe gegeben, die Bezirksaufgaben restlos in Anspruch zu nehmen in den letzten Jahren. Die Wohlfahrtspflege konnte aufgebaut werden. Die planmäßige Entwicklung seit der im Vorjahre einsetzenden Wirtschaftskrise ist aber die, daß die Steuerquellen verfehlten, die Arbeitslosigkeit immer größer wurde und auch der Fehlbetrag im vorigen Haushaltplan außerordentlich hoch wurde. Für das neue Jahr entstand ein Fehlbetrag, der durch die Erwerbslosenkosten wiederum außerordentlich hoch geworden ist. Der Bezirksverband ist nicht in der Lage, diese Lasten zu tragen. Die seinerzeit getroffenen Bestimmungen der Krisenfürsorge im Reichsgesetz für die Arbeitslosenfürsicherung waren berechnet auf ganz besondere Fälle. Bei vielen hat die Krisenunterstützung bereits ihr Ende erreicht. Sie sind der Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung zur Last gefallen. Mit einer solchen Entwicklung konnte damals niemand rechnen. Landtagsrat und Städte- tag haben sich intensiv mit der Lösung dieser schwierigen Frage befaßt und auch schon praktische Vorschläge gemacht. Wie die Dinge laufen werden, davon kann man auch zur Zeit noch nichts sagen. Alle kommunalen Körperschaften sind sich darüber im Klaren. Bei den Reichssteuerüberweisungen haben wir mit einem gewissen Prozentsatz von Ausfällen gerechnet. Bei der Aussprache über den Haushaltplan erinnert Abg. Dr. Wibranez-Lichtenstein (Bürgerl.) noch einmal daran, daß der Fehlbetrag fast 1½ Millionen RM. ausmache. Es sei jedem einflichtigen Menschen klar, daß die Bezirksgemeinden diesen Fehlbetrag nicht tragen könnten. Seine Fraktion sei der Meinung, daß man sich einschränken müsse auf das notwendige. Vielleicht ergebe sich erst im Laufe des Jahres die Möglichkeit, zu erkennen, wo am besten gespart werden könne. U. a. müsse der Bezirkstag bei einer Bilanz in der in der Bezirksverwaltung gefragt werden, ob diese Stelle neu zu besetzen sei. Im Auftrage der bürgerlichen Fraktion legt Abg. Dr. Wibranez dann dem Bezirkstag folgenden Antrag mit der Bitte um Genehmigung vor: „Der Bezirkstag ist der Ueberzeugung, daß der vorliegende Haushaltplan für die Bezirksgemeinden untragbar ist. Insbesondere gilt das von dem Fehlbetrage des Sonderhaushaltsplans D. Der Bezirkstag lehnt deshalb diesen Sonderhaushaltplan D ab, während er den übrigen Haushaltplänen zustimmt mit der Maßgabe, daß der Fehlbetrag dieser Haushaltpläne durch die Bezirksverwaltung bzw. den Bezirksaus- und Bezirksverband den zur Verfügung stehenden Mitteln, mindestens aber um 10% herabgemindert wird. Zur Deckung des Fehlbetrages der genehmigten Haushaltspläne bewilligt der Bezirkstag die Ausschreibung einer Umlage in der vorjährigen Höhe, die als der Höchstbetrag angesehen werden muß, den die Bezirksgemeinden zu tragen in der Lage sind.“

Abg. Espenhain-Reinholdshain (Soz.) erklärt demgegenüber, diesen Vorschlag anzunehmen, hieße von vornherein die Kapitel Krisen- und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge im Haushaltplan ablehnen. Seine Fraktion könne unter keinen Umständen zustimmen. Man wolle doch einen Haushaltplan verabschieden wie die anderen Bezirksverbände. Man dürfe nicht versuchen, ihn künstlich zu beschneiden. Seine Fraktion beantragt, daß beide Haushaltpläne erledigt würden. Abg. Stude-Oberlungwiz (Komm.) greift unter dem Beifall seiner Genossen im Zuhörerzimmer die bürgerliche Fraktion an und erklärt, die bürgerliche Fraktion solle ruhig den Bankrott zugeben. Sie lehne den Haushaltplan ab, weil sie die Verantwortung für ihre Politik nicht mehr tragen könne. Abg. Bürgermeister

Scheunemann-Gersdorf betont demgegenüber, die Wirtschaftsnot verbiete die hohen Ausgaben, deshalb unterstütze er den Antrag Wibranez. Abg. Bruner-Niederlungwiz (Soz.) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß seine Fraktion ein Drittel des Bezirkstages stelle und in der Lage sei, wenn die bürgerlichen Fraktionen den Haushaltplan nicht ordnungsgemäß beraten wolle, einen außerordentlichen Bezirkstag einzuberufen. Nachdem die S.P.D. sich kurze Zeit zu einer Sonderberatung zurückgezogen hat, lehnt sie den Antrag Wibranez ab mit der Begründung, daß es die vornehmste Aufgabe und die Pflicht des Bezirkstages sei, den Haushaltplan zu verabschieden und daß man die Verantwortung nicht auf den Bezirksaus- und Bezirksverband abschieben dürfe, weil dann Tür und Tor offen blieben. Die nun folgende Abstimmung ergibt auf Antrag der bürgerlichen Fraktion die Ablehnung des Sonderhaushaltplans und Annahme des Antrags Wibranez gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

In Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung war noch über einen Antrag des Erwerbslosenaus- und Erwerbslosen- schusses abzustimmen, der verlangt:

- a) Die jetzt bestehenden Richtsätze werden um 50% erhöht;
- b) An die Wohlfahrts-erwerbslosen wird die gehobene Fürsorge weitergezahlt;
- c) Die Kinderzuschläge werden in unbefristeter Höhe gewährt also über 4 Kinder hinaus.

Dieser Antrag wurde von der kommunistischen Seite des Bezirkstages damit begründet, daß der Glauchauer Bezirk mit den Richtsätzen den benachbarten Bezirken gegenüber stark im Nachteil sei. Insbesondere hielten die Richtsätze den Vergleich mit den Zahlen in den Großstädten nicht aus. Amtshauptmann Freiherr von Weld betont, daß man im Zweifel darüber sein könne, ob der Abstand in der Höhe der Richtsätze zwischen den Großstädten und Bezirksgemeinden gerechtfertigt sei. Es würde aber nicht richtig sein, wenn die einzelnen Bezirksverbände die Richtsätze erhöhten und sich den Großstädten anpassen. Der Glauchauer Bezirksverband stehe mit seinen Richtsätzen im Durchschnitt. Die Bezirksverbände Leipzig, Chemnitz und Dresden würden sich natürlich schon eher den Richtsätzen der Großstädte anpassen können. Die Lage im Bezirk Glauchau sei etwa ähnlich wie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Und den Vergleich mit diesem Bezirk hielten auch die hiesigen Richtsätze aus. Abg. Espenhain-Reinholdshain mahnt, doch nicht zu vergessen, daß dieser Antrag der Erwerbslosen aus der großen Not geboren sei. Bezüglich der 50%igen Erhöhung der Richtsätze müsse man sich jedoch vor Augen führen: Was bedeutet das? Wenn man zu diesem Punkte zustimme, würden die Sätze erheblich über das Maß der Großstädte hinauskommen. Es könnte wohl dahin kommen, daß eine zeitlang diese Sätze bezahlt würden, daß aber dann bald die Kassen der Gemeinden erschöpft seien. Abg. Ungethüm-Thurm (Soz.) weist darauf hin, daß man sich schon seit zwei Jahren mit der Frage der Erhöhung der Richtsätze befaßt und zu keinem rechten Ergebnis gekommen sei. Es ließe sich beweisen, daß der Bezirk Glauchau der 12. stärkste Bezirk sei, daß er aber an 26. Stelle mit den Unterstützungssätzen stehe. Er stellt schließlich den Antrag, daß die Richtsätze um 20% erhöht werden. Die Abstimmung ergibt schließlich die Ablehnung der Erhöhung der Richtsätze um 50% als auch um 20%. Zu b und c gibt der Bezirkstag seine Zustimmung.

Nach näheren Ausführungen des Amtshauptmanns, wie sie schon aus den Sitzungen des Bezirksaus- und Erwerbslosen- schusses bekannt sind, tritt der Bezirksverband auf einen Beschluß des Bezirkstages hin der Landesbausparkasse und dem Rassenprüfungs- verband Glauchau bei.

Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

## Aus dem Sachsenlande.

— Christentum und Nationalsozialismus. In Ergänzung unseres Berichtes über die Vereinstage der Inneren Mission in Dresden werden uns die Ausführungen des Führers des nationalsozialistischen Lehrerbundes Schemm von der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP. übersandt. Der Redner führte aus:

Es handelt sich jetzt einfach um zwei Fronten. Die eine will niederreißen, was an deutscher und christlicher Kultur vorhanden ist, die andere ruft unter Führung des Nationalsozialismus zur Verteidigung dieser höchsten Güter auch mit den brutalsten Mitteln auf. Nur eine reine Rasse kann das Christentum bis in seine letzten Tiefen begreifen. Auch Adolf Hitler betont die absolute Unterordnung unter den letzten Gottesgedanken. Jede Rasse ist gottgewollt. Um der Religion des Christentums willen muß man die Rasse sauberer erhalten. Darum gehört aber auch die Macht im Staate den Organisationen, die das Christentum bejahen. Vaterland und Christentum sagen das „Ja“, Marxismus und Bolschewismus sagen das „Nein“ zum Leben. Zur Schulfrage ist zu sagen, daß man keine Schule im jetzigen Staate, sondern erst einen anderen Staat haben wolle. Vaterland und Christentum sind die Motore der nationalsozialistischen Bewegung. Der Redner schloß mit den Worten: „Unsere Politik heißt Deutschland. Unsere Religion heißt Christus.“





# ALI

Das Tonfilmhaus  
d. billigen Preise  
u. der anerkannt  
besten Wieder-  
gabe in Ton und  
Sprache.

## Lichtspiele.

Heute Sonnabend und täglich:  
Täglich 8 u. 9 Uhr.  
Sonntags 4,30 6,30 und 8,45 Uhr.

Wieder ein schlagender Beweis unserer Qualitäts-Tonfilme. Der letzte Tonfilm war schon ein Lachschlager. Diesmal starten wir mit noch einem viel größeren **Erfolgs-Tonfilm.**

**Siegfried Arno**  
der große Film-Komiker in seinem  
ersten 100% Tonfilm-Lustspiel 100%  
**Moritz macht sein Glück!**

**Meyer und Co.**

Das reichhaltige Beiprogramm — Kulturfilm —  
Grotteske und die Ufa-Ton-Woche.

Sonntag bei vollem Programm Nachm.  
2 1/2 Uhr **Kinder- u. Jugend-Vorstellung.**

Unsere Preise sind: 2. Platz 60 ¢, 1. Platz 80 ¢, Par-  
kett 1. MK., Sperrplatz 1.20 Mk. Erwerbslose 50 Pf.  
Erwerbslose haben auch **Sonntags Zutritt**

## Schützenhaus Waldenburg.

Telefon 293. Auto im Hause.  
Größter Konzert-, Theater- u. Ballsaal.

Heute Sonntag von 4 Uhr an

### Großer Eliteball.

Musik gespielt vom Hoppe-Jazz-Orchester.  
Preise wie bekannt.

Neueste Tänze. Neueste Schlager.  
Es ladet ein **Otto Brauner.**

Boranzettel

Großes österreichisches Militär-Konzert  
ohne Ball, gespielt von der Kapelle des I. I. Infanterie-  
Regiments in Graz unter Leitung des Bataillonstambours  
Pepi Klugmeyer.

## Halt! Wohin? Auf nach Kertzsch

Heute Sonntag von 4 Uhr an

### Grosse Ballschau

Achtung!

Zweiter großer  
**Micky-Maus-Rummel.**

Jeder Gast erhält eine süße Micky-Maus.  
Dazu die neuesten Schlager! Die neuesten Tänze!  
ff. Kuchen u. Kaffee. ff. Spezialbier.

Hierzu laden ergebenst ein  
**Alfred Müller und Frau.**

## Deutsche Eiche, Altwaldenburg.

Heute Sonntag von 4 Uhr an

### feiner Dielentanz

Verstärktes Orchester, Kapelle Max Schubert.

Stimmung! Humor!

Ergebenst laden ein

**Max Meßner und Frau.**

## Gasthof Gösdorf. Ball.

Sonntag, den 26. April

Sonnabend, den 2., u. Sonntag, den 3. März  
**Schlachtfest.**

Hierzu ladet freundlichst ein

**F. Zehmisch.**

# Grünfeld

**Achtung! Neue Kapelle! Achtung!**  
Heute Sonntag von Nachm. 4 Uhr an spielen zum  
**öffentlichen Ball im Palmensaal**  
die Altenburger Jazz-Symphoniker  
die allerneuesten Operetten- und Tonfilmschlager.  
Gleichzeitig der  
**\* beliebte Dielentanz. \***  
Es ladet ein **Kurt Winkler.**

Der Wochtag brachte  
schon am Morgen  
Uns früher Arbeit  
Last und Sorgen.  
Vorbei sind diese  
schweren Tage:

**Persil**  
erspart  
uns jede  
Plage!

## Schützengesellschaft Ziegelheim.

Am Sonntag, den 10. Mai, findet unser

### 60 jährig. Vereins-Jubiläum

verbunden mit

Schießstandweihe u. Preisschießen  
in **Fiedlers Gasthof** statt.

Fortsetzung des Preis-Schießens am Himmelfahrtstag.

Festfolge:

12-1/2 Uhr Empfang der Vereine.

2 Uhr Festakt und Weihe,

anschließend Gartenkonzert, um 6 Uhr Festball.

Herzlichst laden ein

der Vorstand, der Festauschuß.

Auf obiges Bezugnehmend empfehle ich dazu

ff. Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Dazu ladet freundlichst ein

**Arno Fiedler und Frau.**

## Kolosseum Remse.

Heute Sonntag von Nachm. 4 Uhr an der

### feine öffentliche Ball.

Erstklassiges Tanzsport-Orchester.

Die neuesten Operetten- und Tonfilmschlager.

Stimmung und Betrieb.

Freundlichst laden ein **Oskar Lindner und Frau.**

Zur Lieferung

### kompl. Wohnungseinrichtungen

sowie **Neuanfertigen und Umarbeiten** von  
Einzelmöbeln in jeder Ausführung geschmackvoll u. solid.  
Anbringung von **Wandverkleidung** jeder Art bei  
zeitgemäßer Berechnung u. Zahlungsweise empfiehlt sich

### Bau- und Möbeltischlerei

**A. Nixschke.**

2 guterhaltene Fenster | **Damenfahrrad,**  
1,55x1,00 m preiswert zu verk.; gut erhalten, billig zu verkaufen;  
wo? zu erf. in der Exp. d. Bl. wo? zu erf. in der Exp. d. Bl.

## Schützen gesell schaft Oberwiera.

Ab Sonntag, den 3. Mai 1931,  
findet **jeden Sonntag** von  
Nachm. 2 Uhr ab

**Schießenschießen**  
statt. Die Flugbahn wird durch  
rote Fähnchen markiert.  
Der Vorstand.

15-20 Ztr. Hen u. Grunt  
hat noch zu verkaufen  
**Emil Bady, Herrnsdorf**  
bei Wolfenburg.

## Original Ustpr.-holländer Zucht- u. Nutztvieh.



Bon heute Sonntag  
an steht wieder ein  
großer Transport  
junger, hochtr.



und frischmelkender erstklassiger

## Milch- u. Rassekühe

prima Körbullen

mit Papieren, auch **Jungvieh** im Gasthof zum Hirsch  
in Waldenburg, sowie in meiner Behausung sehr preiswert  
zum Verkauf.

## Willy Winkler,

Uhsdorf bei Wolfenburg,  
Telefon 34 Amt Wolfenburg.



Ab heute stelle ich wieder  
einen frischen Transport  
bester junger schwerer und  
mittelschwerer

rot- und  
schwarzbunter **Rühe,**

hochtragend und frischmelkend, auch welche mit **Kälbern,**  
sowie prima **offfriesische Herdbuchbullen**  
zu äußerst günstigen Preisen zum Verkauf.

**Robert Schuster, Zuchtviehhandlung,**  
Niederlungwitz, Telefon 234 Glauchau.

## Freibank Kertsch.

Heute Sonntag von Vorm.  
8 Uhr an Verkauf von **Rind-**  
**fleisch,** das Pfund 60 Pfg.  
Montag von Nachm. 4 Uhr an  
Fortsetzung im **Friedrich Bauch-**  
schen Gehöft.

Die Verwaltung.

Älteres kinderl. Ehepaar sucht  
mögl. bald **3-Zimmerwoh-**  
**nung.** Nur Parterre. Off-  
unt. Nr. 2092 a. d. Exp. d. Bl. erb.

**Familiennachrichten**  
aus anderen Blättern.  
Gestorben: Auguste verw.  
Stephan geb. Parlaß in Glauchau,  
89 J.

Forsthaus Waldenburg.  
Sonnabend, den 25., und  
Sonntag, den 26. April

**Schlachtfest**  
mit  
**Bratwurstschmaus.**  
Für gute **Biere** und andere  
**Getränke** ist bestens gesorgt.  
Ergebenst laden ein  
**Kurt Bauch** und Frau.

**Saunmaterial**  
Riegel, Latten, Wäsche-  
pfähle und Wäschebügel  
Liefert billigst  
Brennholzhandlung  
**Alfred Schleife.**

**Saatkartoffeln**  
aus Sandboden **Kaiserkrone,**  
**Odenwälder** blaue (frühe),  
**Zentifolia** (rot), **Parnasia**  
(weiß) treffen Anfang nächster  
Woche nochmals ein.  
Um weitere Bestellung bittet  
**Florus Schnabel,**  
Uhlmannsdorf/Ziegelheim.  
Fernruf Ehrenhain 233.

**Gute Speisekartoffeln**  
verkauft  
**Zscherpe, Oberwinkel.**

Machen Sie einen Versuch u.  
bestellen Sie meine billigen  
**prima Rasterlingen:**  
„Standard“ 50 Stück 3.50 Mk.  
„Gold“ 50 Stück 6.00 Mk.  
**Johannes Schubert,**  
Meerane i. Sa., Neumarkt.

## Gartengut,

2 1/4 ha gr. in größ. Ortsgast  
Nähe Waldenburgs geleg., Feld,  
Wiese und Obstgarten, in einem  
Plane unmittelbar um d. Ge-  
bäude herum lieg., 2 Röhre, elektr.  
Dreschmash., Separator u. sonst.  
Zuv. vorhanden, pr. 1. 7. 31  
weg. Krankh. d. Bes. zu verk. Zur  
Uebernahme sind ca. 6000 RM.  
erforderl. Anfragen u. 2087  
an die Exp. d. Bl. erb.













# Für Landwirt und Siedler

## Vom Pflanzen.

Das Umpflanzen der Gemüsepflänzchen vom Saatbeet auf ihren endgültigen Standort im Garten kann mit mehr oder weniger einschneidenden Wachstums hemmungen verbunden sein, die durchaus unerwünscht sind. Wir haben daher alles zu versuchen, um dem entgegenzuwirken. Am wenigsten ist zu befürchten, wenn die Pflänzchen auf einem lockeren, düngerdurchsetzten Beet heranwachsen. Sie haben sich darin eine starke Bewurzelung zugelegt und können mit schönen Wurzelballen herausgezogen werden, wenn



man am Vorabend durchdringend gegossen hatte. Hat das Saatbeet dagegen festen und harten Boden, dann würde man auf diese Weise die feinen Nebenwurzeln abreißen, erhielte nimmermehr einen Wurzelballen und dürfte nicht auf eine flotte Weiterentwicklung solcher Pflanzen rechnen. Auf solch festem Standort darf am Abend vor dem Ausheben das Gießen des Saatzpflanzenbeetes unter keinen Umständen versäumt werden. Sodann nimmt man für das Ausheben ein zugespitztes Brettchen oder einen Handspaten zuhülfe, damit nur ja schöne Wurzelballen ausgehoben werden. Damit diese Ballen auch erhalten bleiben, werden die Pflanzen in einen Korb oder Kasten gelegt, der vorher naß gemacht worden war. Böttner empfiehlt, die ausgehobenen Pflanzen auch zu begießen und leicht mit



Blättern oder einem feuchten Tuch zu bedecken und sagt dazu: „Früher hielt ich von diesem Feuchthalten selbst nicht viel, weil's zur Not auch so geht; ich habe aber doch gefunden, daß die Pflanzen frischer bleiben und besser anwachsen. Ich nehme die Arbeit des Pflanzens auch nie mehr am Mittag vor, nicht nach 10 Uhr morgens und nicht vor 4 Uhr nachmittags, auch nicht bei windigem Wetter. Es wird doch gewünscht, daß alle Pflanzen, die gelehrt werden, ohne Ausnahme flott weiterwachsen und dies läßt sich erreichen bei solcher Vorsicht.“

Beim Einpflanzen, das natürlich in graden Reihen auf ein frisch gegrabenes, sorgfältig vorbereitetes Beet erfolgt, ist vornehmlich auf dreierlei zu achten: Erstens darauf, daß alle Wurzeln gut nach unten gerichtet sind und sich die Spitzen nicht nach oben lehnen; zweitens darauf, daß die Pflanze mit dem Wurzelhals an der Erdoberfläche abschließt, also derjenigen Stelle, an der sich die ersten Blattstängel befinden; drittens darauf, daß der Boden nach dem Pflanzen gut festgedrückt wird, denn in der Luft hängende Wurzeln können die Nährlösungen des Bodens nicht erfassen.

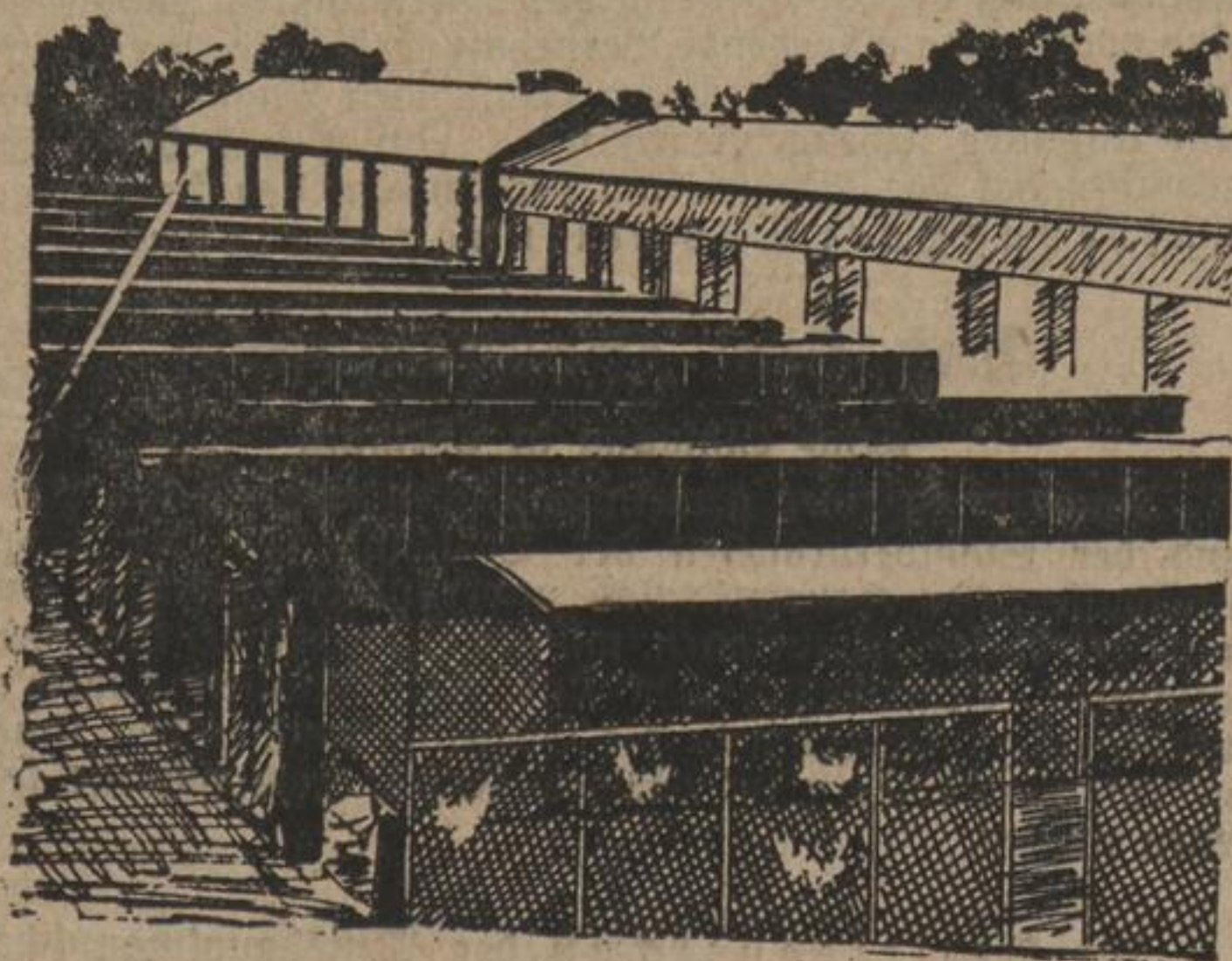
## Schweineschau.

Die Besichtigung mit Schweinen bringt auf der diesjährigen Wanderausstellung in Hannover (2. bis 7. Juni) eine Rekordzahl. Trotz der einschränkenden Bestimmungen der Schauordnung wird die Besichtigung über die Ziffer 600 hinausgehen. Ueber die Hälfte, nämlich 340, entfallen auf das veredelte Landschwein, 140 auf das Weiße Edelschwein, der Rest auf Berkshire, Landschweine, Cornwalls und das Schwäbisch-Hällesche Schwein. Hannover selbst stellt mit über 230 Tieren nicht nur weitaus die größte Zahl aller beteiligten Gebiete, sondern mit 169 Veredelten Landschweinen auch die überwiegende Zahl dieser wichtigen Gebrauchsgruppe. Erst in weitem Abstande folgt Westfalen mit 57 Vertretern der Veredelten Landschweinezucht. In der Besichtigung des Weißen Edelschweins stehen Oldenburg, Provinz Sachsen, Schlesten und Ostpreußen an der Spitze.

Seit der ersten Einfuhr englischer Zuchten vor etwa einem Dreivierteljahrhundert hat die deutsche Schweinezucht eine gewaltige Entwicklung durchgemacht, und nicht zuletzt dank der Förderung durch die Wanderausstellungen der DLG in dem Veredelten Landschwein eine ausgleichende Verbindung zwischen besserer Körperform, Frühreife und Mastfähigkeit einerseits und Genügsamkeit und Härte andererseits geschaffen. Auch heute ruht die Arbeit keineswegs; vielmehr verfolgt der Leistungsgedanke als beherrschende Notwendigkeit der Zucht und Haltung unabweichbar das Ziel, auch die Ausschachtungsergebnisse in vollem Umfange für die ungeteilte Befriedigung der Markterfordernisse nutzbar zu machen. Das ist der Dienst am Kunden, dem die deutsche Landwirtschaft z. B. in den Ausschüssen für Schlachtbeobachtung der DLG. anzuwenden trachtet.

## Intensivstall.

Das System der intensiven Hühnerhaltung ist im wesentlichen eine Erscheinung der Nachkriegszeit. Sie ist dort angebracht, wo eine größere Hühnerhaltung auf kleinstem Raum durchgeführt werden soll, sei es nun weil der Boden knapp oder teuer ist. Die Hühner werden fast ausschließlich im Stall gehalten und haben nur einen ganz beschränkten, eingefriedigten Auslauf, der fast nur als Staubbad angesprochen werden kann. Die Intensivhaltung ist ein Gegenstück zur Abmelkwirtschaft in der Rinderhaltung. Zum Unterschied von dieser ist beim Intensivsystem der Hühnerhaltung allerdings Zucht möglich. Voraussetzung dafür ist viel Sonne im Stall und viel Grünfütter. Intensivställe müssen unbedingt mit der Front nach Süden stehen und diese Front soll fast ganz aus Glasfenstern bestehen. Im Winter ist es dahinter in der Mittagssonne mäßig warm und im Sommer, wenn man die Glasfenster unter Umständen Tag und Nacht herausgenommen hat, ist der Stall das reine Sonnen- und Lustbad. Vor dem Stall befinden sich überdachte Volieren; sie sind 1 Meter breit und 5 Meter lang. Die Volieren sind auswechselbar, so daß die eine als Auslauf und Staubbad dient, wenn die andere umgegraben und mit schnellwachsendem Grünfütter angefüllt ist. Durch häufigen Wechsel wird der Verkotung des Bodens mit all seinen gefährlichen Folgen entgegengewirkt. Auch im Stall selbst muß peinliche Sauberkeit herrschen; denn bei starker Zusammendrängung der Tiere auf engem Raum ist die Seuchengefahr besonders groß. Die starke Durchleuchtung der Ställe soll dem eben entgegenwirken.



Als zweites Erfordernis kommt die Grünfütterung hinzu. Es kann überhaupt nicht zuviel Grünfütter gegeben werden, denn dadurch muß der Mangel des freien Auslaufs ausgeglichen werden. P. Rüttner, ein erfahrener Praktiker äußert sich darüber wie folgt: „Um nun die Tiere zur Aufnahme von möglichst viel Grünfütter anzuregen, wird dasselbe von mir gehäckselt mit Weizenschale und dem nötigen Fleischfütter, und zwar etwa 10 Gramm hellem Fischmehl, 5 Gramm Fleischgrüßel, 5 Gramm Knochenmehl, 1 1/2 Gramm Lebertran und 1 1/2 phosporhaltigem Kalk vermischt. Dieses Futter wird den ganzen Tag den Tieren zur beliebigen Aufnahme zur Verfügung gestellt und die Futtertröge immer wieder nachgefüllt. Während der Wintermonate treten an Stelle des Grünfütters kleinstampfte Rüben, hauptsächlich gelbe Mohrrüben. Es ist ganz erstaunlich, welche Mengen Grünfütter bzw. Rüben von den Tieren auf diese Weise verbraucht werden. An Körnerfütter gibt es morgens 10 Gramm und abends 40 Gramm pro Tier, ganz gleich ob leichte oder schwere Rasse. Eine größere Körnergabe bei dem früher üblichen Milchverhältnis hat sich nicht bewährt. Durch die geringe Bewegungsmöglichkeit fehlten die Tiere Fett an und die Vegetätigkeit wurde hierdurch ungünstig beeinflusst. Ein Verzicht auf Schrotbeigaben zum Weichfutter hatte daselbe Ergebnis. Dadurch bin ich zur reinen Weizenschalengebe zum Grünfütter gekommen, es werden davon etwa 40 Gramm pro Tier und Tag verbraucht. An Hartfutter gab es bis jetzt im Sommer Hafer, im Winter dagegen zur Hälfte gebrochenen Mais. Wegen des hohen Maispreises bin ich jedoch in diesem Jahre auch für den Winter auf Nur-Haferfütterung übergegangen.“

## Schafft flüssigen Dung!

Der Besucher von Obstbauegenenden, z. B. der Havelberge in Berder bei Berlin, wird sich wundern, in den Obstbaumpflanzungen ausgemerkte Gruben vorzufinden. Sie sind dazu bestimmt, Stalldung aufzunehmen, der mit Wasser übergossen wird, um flüssigen Dung zu schaffen. Flüssiger Dung wirkt Wunder. Er wird im Sommer im Obst- und Gemüsegarten gleichermaßen gebraucht. Da die in ihm enthaltenen Grundstoffe eine vier bis sechs Wochen lange Gärung durchmachen müssen, ist es im April an der Zeit, in einer oder mehreren Tonnen den flüssigen Dung anzusetzen. Man verwendet dazu Kuhfladen sowie Schaf-, Ziegen- oder Kaninchenung, der möglichst strohfrei sein muß. Auch Hühner- und Taubenung gehört dazu, der aber vor dem Einfüllen ins Faß zerkleinert werden muß, damit er sich auflöst. Weiter findet Holzasche und Ofenruß hier Verwendung. Der Ofenruß soll die Erde dunkel färben und wärmebindend machen. Steht Knochenmehl zur Verfügung und Blut, so sind auch das wertvolle Grundstoffe. Mit solchen Stoffen werden die Fässer zu dreiviertel gefüllt und mit Sauche übergossen. Man tut gut, die Fässer durch Deckel zu verschließen und die Mischung gelegentlich durchzurühren, damit die Gärung auch in die Tiefe dringt. Der im Juni gebrauchsfertige flüssige Dung wird je nach dem Verwendungszweck mehr oder weniger mit Wasser verdünnt.

## Arbeiten am Bienenstand.

In diesem Frühjahr durchlebt der Imker größere Sorgen als sonst, weil der Frühling so lange auf sich warten läßt. Die Bienen kommen nicht zu ihrem Reingungsaufflug hinaus, manche Völker werden Durst- oder Futternot haben, andere sind weisellos geworden, andere leiden an Ruhr. Der Eintritt warmer Tage bringt dem Imker daher viel Arbeit. Er kann in diesem Jahre nicht nach der alten Regel verfahren und mit der Arbeit am Bienenstand warten, bis die Stachelbeerblüten aufgebrochen sind, denn dazu ist die Zeit schon zu weit vorgeschritten. Sobald es wirklich warm geworden ist, muß er nach dem Rechten sehen. Starke Völker wird er eine Reizfütterung mit warmem, verdünntem Honig zuführen. Schwache Völker werden mit starken vereinigt. Junge, vorjährige Königinnen werden dabei möglichst erhalten und in Fächer des Kleinschen Königinnenkastens gesteckt, um sie bei der Hand zu haben, wenn etwa im Mai plötzlich da und dort Weisellosigkeit aufzutreten sollte.

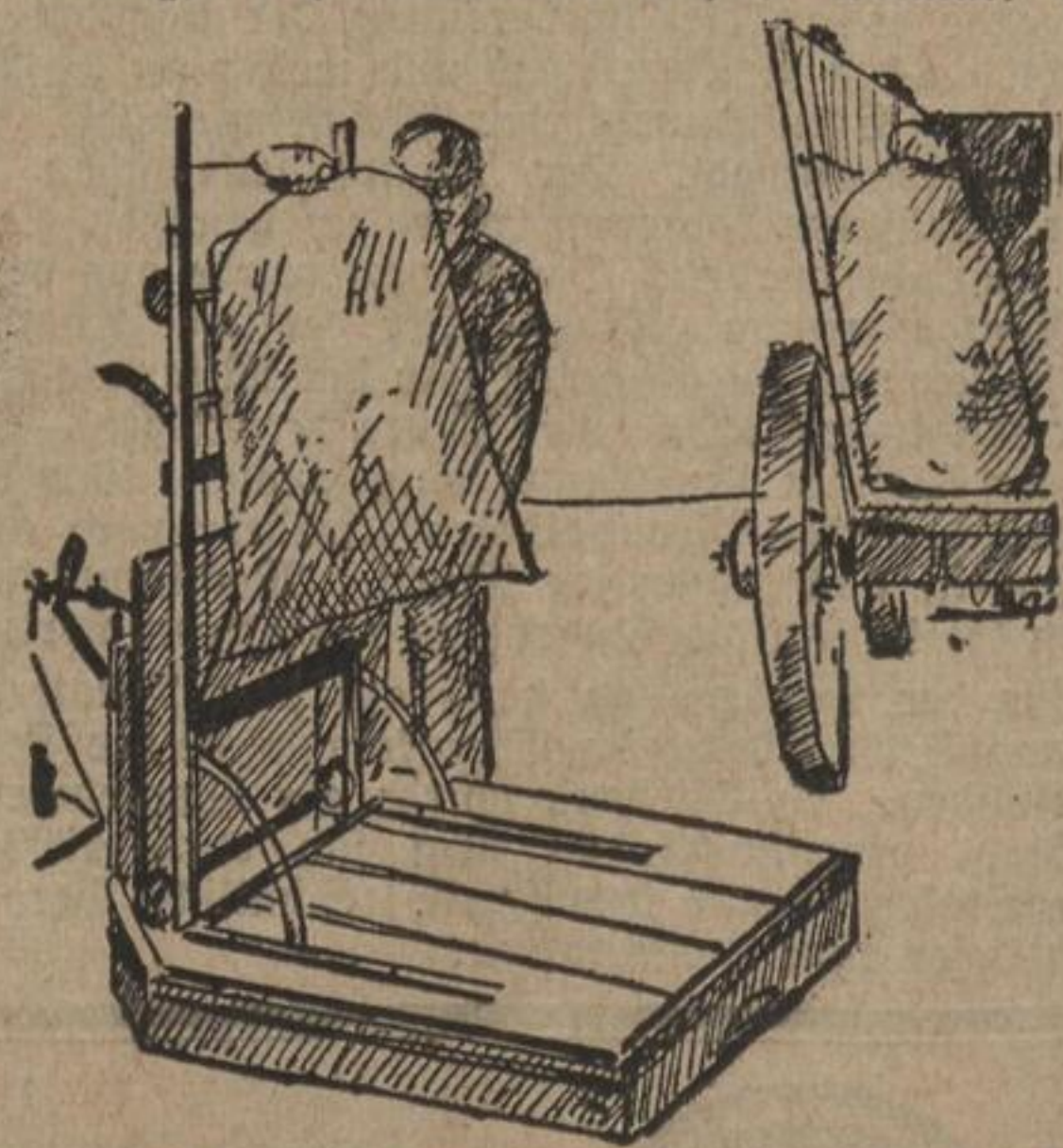
Bei der Vereinigung zweier Bienenvölker ist mancherlei zu beachten. Zunächst gilt als Regel, daß das schwächere Volk dem stärkeren beigegeben wird, gleichgültig ob das stärkere weisellos oder weiselrichtig ist. Die Vereinigung erfolgt in der Weise, daß man am ersten Tage der Vereinigung die beiden Völker durch ein Drahtgitter, das an allen Seiten dicht abschließen muß, getrennt hält. Das ist erforderlich, weil jedes Bienenvolk seine Eigenart hat, jedes Volk seinen besonderen Nestgeruch trägt und gegen ein anderes andersgeartetes Volk zunächst feindselig eingestellt ist. Es empfiehlt sich daher, auch am Drahtgitter einen Uebergang zu schaffen, indem man aus dem Volk vor dem Gitter eine Futterwabe herausnimmt, sie entdeckelt und unmittelbar hinter das Drahtgitter hängt. An die durch in dem vorderen Volk frei gewordene Stelle vor dem Drahtgitter kommt nun eine Wabe aus dem hinteren Volk, die unmittelbar am Bienen hing und Futter enthalten muß, jedoch Brut nicht enthalten darf. Auch diese wird erst entdeckelt, bevor sie vor das Drahtgitter kommt. Bei der Anordnung der übrigen Waben sieht man darauf, futter- und pollenbesetzte Waben möglichst nach der Mitte und die leeren Waben möglichst an das Ende der Kästen zu bringen. Etwa im alten Stock zurückgebliebene Bienen kehrt man auf einem Blech oder einem Pappeckel zusammen und vereinigt sie wieder mit ihrem Volk. Die nun folgenden Vorgänge schildert A. Ludwig in seinem nützlichen, jedoch in 7. Auflage erschienenen Wegweiser „Am Bienenstand“ wie folgt:

„Beide Völker stürzen sich auf die Futterwaben, welche einen ihnen fremden Nestgeruch haben, dazu entdeckelt sind, füllen sich die Leiber und treffen sich am Gitter. Es ist eine alte Erfahrung, daß man mit jemand, mit dem zusammen man eben gut gefühlt hat, nicht Streit anfängt. Außerdem werden die beiden Nestgerüche so miteinander vermischt, daß sich selbst eine Bienennase nicht mehr herausfindet. Das weisellose Volk, welches Herr im Hause ist, braucht das weiselrichtige mit seiner Königin zur höchsten Not; das weiselrichtige ist aber im fremden Stock unsicher und deshalb froh, daß ihm niemand etwas tut, und die Einigung ist bald vollzogen, während sonst Bienenvölker einander sehr feindselig gefinnt sind. So kann denn am anderen Tage auch die Vereinigung vorgenommen werden. Dies geschieht so: Man zieht das Gitter oben heraus, hält es mit der Linken fest und schlägt sich mit der Faust der Rechten so auf die Linke, daß die ansetzenden Bienen in den Kästen purzeln. Nun legt man das Gitter beiseite und hängt das weisellose Volk auf den Wabenhalter, einen Wabenstock, in eine leere Beute oder in zwei aufeinandergelegte Honigräume. Nur die Stirnwabe läßt man hängen und hängt nun hinter sie hübsch der Reihe nach erst das weiselrichtige Volk, damit also die Brut ans Flugloch kommt, und hinter dieses dann das weisellose Volk, rückt das Fenster an, stellt die hintere Strohdecke ein und schließt nach Auflegen des Wachsstückes den Stock. Die Vereinigung ist geschehen und wird gelungen sein.“

Der Leser bemerkt, daß diese Beschreibung von der Imkerei im Oberlader ausgeht, der hierfür und auch sonst wohl die praktischste Beuteform darstellt.

## Dezimalwaage mit Sachheber.

Die Sachheber führen sich auch in landwirtschaftlichen Betrieben immer mehr ein, da sie Arbeitserleichterungen und Arbeitersparnis bewirken. Bei der Anwendung von Sachhebern kann man gewöhnlich eine Arbeitskraft entbehren. Häufig werden die Sackfarren mit Sachhebern ausgerüstet. Einen sehr praktischen Vorschlag machte unlängst Dipl.-Landwirt Dhl. Weimar, in den



„Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ Er regte an, den Sachheber auf einer Dezimalwaage anzubringen und durch einige Nägel zu befestigen. Danach muß die Waage natürlich neu ausariert werden. Nunmehr braucht man nach dem Wägen den Sack nicht erst von der Waage auf den Heber zu setzen, sondern kann ihn sofort hochwinden zum Abtragen. Die Arbeit wird somit vereinfacht und beschleunigt.